

„Sozialstaat zu kurzfristig gedacht“

Rente Der stellvertretende FDP-Fraktionschef Johannes Vogel kritisiert die Konzepte der Groko und plädiert für eine aktienbasierte Altersvorsorge. Nur so lasse sich das System dauerhaft sichern. *Von Igor Steinle*

Nicht nur durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stehen die sozialen Sicherungssysteme unter Druck. Die FDP will sich als Problemlöser anbieten. Ihr Sozialexperte, Vize-Parteichef Johannes Vogel, fordert bei der Rente neue Wege.

Sie haben gefordert, als „links“ geltende Themen nicht anderen Parteien zu überlassen. Hat sich dies mit ihrer Wahl zum FDP-Vize erfüllt?

Johannes Vogel: Ich habe meine Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden bewusst auch mit sozialpolitischen Themen verbunden und bin mit tollem Ergebnis gewählt worden, was ich als große Unterstützung empfinde. Liberale Sozialpolitik bedeutet für mich, dass Lebenschancen nicht von der Herkunft abhängen dürfen.

Was unterscheidet dies von den anderen Parteien?

Den Sozialstaat von CDU und SPD zeichnet vor allem aus, dass er kurzfristig gedacht ist. Niemand kann mir etwa erklären, wie die aktuelle Rentenpolitik fortgesetzt und bezahlt werden soll, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Die nächste Legislaturperiode ist die letzte, in der wir noch handeln und ein zukunftsfähiges Rentensystem schaffen können. Anders als die anderen Parteien haben wir dafür ein klares Konzept.

Sie meinen die Aktienrente.

Ja, mit dem Non-Profit-Fonds als einem zweiten, aktiengedeckten Standbein innerhalb der gesetzlichen Rente könnten wir die Finanzen dauerhaft stabilisieren und würden sogar dafür sorgen, dass das Rentenniveau langfristig wieder steigt. In Verbindung mit einem flexiblen Renteneintrittsalter würden wir das System auch daran anpassen, dass es heute vielfältige Lebensläufe gibt.

Wollen Sie den aktienskeptischen Deutschen wirklich an die Börse treiben?

Aktien schwanken kurzfristig, aber langfristig ist das Risiko klein und die Rendite groß. Un-



Das deutsche Rentensystem geht am Stock. Die FDP will in der nächsten Legislatur Tempo machen.

Foto: Jens Büttner/dpa

ser Vorschlag sieht natürlich vor, dass Einlagen kurz vor Renteneintritt umgeschichtet werden, sodass kurzfristige Schwankungen nicht zulasten der Altersvorsorge gehen. Länder wie Schweden machen es seit Jahren erfolgreich vor, natürlich breit global angelegt. Sogar die Verbraucherzentralen begrüßen unseren Vorstoß. Denn gerade Geringverdiener würden profitieren, weil so das Absicherungsniveau in der gesetzlichen Rente wieder steigt.

Ist die FDP jetzt die Partei des kleinen Mannes?

Für mich sind alle Menschen gleich groß. Das muss endlich auch für deren Chancen gelten. Die FDP ist die Partei des Aufstiegsversprechens. Jede und jeder muss eine faire Chance haben, den eigenen Traum zu leben, unabhängig davon, woher man

kommt. Für zu viele Menschen in diesem Land ist es heute anders. Es ist eine Kernaufgabe des Liberalismus, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Wie soll das gelingen?

Der Sozialstaat der Großen Koalition bietet zu wenig Aufstiegschancen. In kaum einer anderen Industrienation hängt die Chance, einen eigenen Lebensweg zu gehen, so stark vom Elternhaus ab. Das wollen wir ändern. Der Bund muss die Möglichkeit haben, mehr Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen. Ein Vorbild könnte Nordrhein-Westfalen sein. Dort errichten wir beispielsweise sogenannte Talentschulen. Wir statteten jene Schulen am besten aus, die in den Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen liegen. Das brauchen wir bundesweit.

Und die Grundsicherung?

Kinder in Hartz-IV-Familien haben nicht nur aufgrund des Stadtviertels, in dem sie wohnen, schlechtere Bildungschancen. Sie

erleben schon bei der Erfahrung des ersten selbstverdienten Geldes die Situation, dass sie von ihren 450 Euro beim Schüler-Minijob nur 170 Euro behalten können. Anders als ihre Freunde, deren Eltern sich in einer besseren Lage befinden. Das ist zutiefst ungerecht und gehört abgeschafft.

Zur Person



Johannes Vogel stammt aus Wermelskirchen in Nordrhein-Westfalen. Er ist seit 2014 Generalsekretär

der NRW-FDP und damit mitverantwortlich für den erfolgreichen Landtagswahlkampf 2017. Auf dem jüngsten Parteitag wurde Vogel mit 79 Prozent zum stellvertretenden FDP-Vorsitzenden gewählt. Im Bundestag beschäftigt er sich für seine Partei vor allem mit den Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. *igs*

Ihr Parteivorsitzender macht einen Verzicht auf Steuererhöhungen zur Koalitionsvoraussetzung. Die FDP als Partei der Besserverdienenden? Nein, denn wir wollen gerade kleine und mittlere Einkommen entlasten, das wäre auch Voraussetzung dafür, Eigentum aufzubauen und die Vermögensschere zu verkleinern. Mehrbelastung ist jedoch generell keine gute Idee, weil sie auch die vielen Familienunternehmen in unserem Land treffen würde. Das ist der falsche Weg.